

AK TTIP/Europa

01.08.2022, 17:30, GJEW Pichelsee

1. Folgen des Ukraine-Kriegs für CETA und Mercosur-Abkommen
2. Auswirkungen von Sanktionen auf Welthandel, europäische und deutsche Wirtschaft
3. Ergebnisse der WTO-Konferenz

Ukraine-Krieg – CETA und Mercosur-Abkommen

„Neue Dynamik“ bei Verhandlungen, weil EU Versorgungssicherheit bei Rohstoffen, Lebensmitteln und Energien befürchtet.

➤ Grüne geben Widerstand gegen Umsetzung auf → Bundesregierung für baldigen Abschluss von CETA und Mercosur.

- CETA

- BVerG erklärt Rechte des Bundestags werden bei vorläufiger Anwendung (mit mangelhaften Umwelt- und Sozialrechten) nicht umgangen
- Koalition: Ratifizierungsgesetz vor Sommerpause mit unverändertem Vertragstext und (rechtlich nicht bindenden) Zusatzerklärungen bei
 - Sonderklagerechten von Investoren vor privater Paralleljustiz
 - Deregulierungsräten (Standards, Zulassungsverfahren)
 - weiterhin dagegen: DGB, BUND, Foodwatch; dafür: Verband der Automobilindustrie

- EU-Mercosur

- Zugeständnisse der EU in den Kapiteln Soziales (Arbeitsschutz) und Umwelt (Regenwaldabholzung)

Was sind Sanktionen?

- in der öffentlichen Meinung häufig: „Instrument zwischen Verhandlungen und Krieg“, Gefühl etwas Gutes zu tun
- kritischere Stimmen: „Vorstufe zum Krieg“ oder „Krieg, der mit wirtschaftlichen Mitteln geführt wird“

Ziele:

1. Erzwingung von Normen (des Sanktionierenden)
2. Bestrafung (oft Endzweck)

beruhen: auf ungleich verteilter Macht, meist von Staaten des globalen Nordens verhängt

UN-Resolution: als „politische und ökonomische Zwangsmittel gegen Entwicklungsländer zu verurteilen und abzulehnen“ (Generalsversammlung der Vereinten Nationen, Resolution 68/200, 20.12.2013)



Historisch (Ausschnitt)

- frühes Mittelalter: Hanse Abbruch von Handelsbeziehungen bei politischen Zerwürfnissen
- ab Kolonialzeitalter: Handelsembargos bei Konflikten um Herrschaftsgebiete
- 1935 gegen Italien, nach Überfall auf Abessinien (Völkerbund)
- 1948 gegen Sowjetunion, Getreide- und Technologieembargo (USA)
- 1960 gegen Kuba, Handelsembargo (USA)
- 1966 gegen Rhodesien (Vereinten Nationen)
- 1975 gegen Vietnam, Laos, Kambodscha (USA)
- 1979 gegen Iran (Vereinten Nationen)
- 1980 & 1982 gegen Sowjetunion (Vereinten Nationen)
- 1990 gegen Argentinien und Irak (Vereinten Nationen)
- 1995 gegen Iran, ab 2018 auch sekundäre (USA)
- (Stand 1998) gegen 74 Länder, u.a. Venezuela, Russland, Iran, Mali, Nicaragua, Simbabwe, Zentralafrikanische Republik, Guinea-Bissau, Laos (USA)
- 2011 gegen Libyen und Syrien (USA, EU)
- 2014 gegen Russland Σ 2.700, 2022 Σ 5.500 neue (USA, EU)
- 2020 gegen China (USA, EU ab 2021)
- 2021 gegen Weißrussland (USA, EU)

Annahmen 1-3

Annahme 1: Wirtschaftssanktionen schwächen die betroffenen Staaten

- Wirtschaft – eindeutig nachweisbar. Folgen:
 - Mangel an zentralen Gütern, Arbeitslosigkeit, Staatseinnahmen und Zahlungsfähigkeit sinken
 - Kompensationsstrategien oft erfolgreich – Anpassung, Umbau Richtung Autonomie, Schmuggel
- politische Führung: fast immer folgenlos

Annahme 2: Sanktionen betreffen nur den sanktionierten Staat

- aber auch Nachbarländer – Handel, Investitionen, Machtverschiebungen
- sekundäre Sanktionen treffen weltweit – widersprechen dem Völkerrecht (USA – Iran)

Annahme 3: Wirtschaftliche Desintegration führt zu politischer Desintegration

- Ziel: „zivilisierende Mission“, „moderne und entwickelten Demokratien“ – Definition durch sanktionierende Staaten, nicht durch Mehrheit betroffener Bevölkerungen
- Zustimmung sanktionierter Bevölkerung zu ihrer Regierung steigt - äußere Einmischung → Gefühl der Bedrohung durch Außenfeind → stabilisiert autoritäre Führung

Annahmen 4-5

Annahme 4: Konventionelle Sanktionen treffen alle gleichermaßen

- stattdessen → verstärken soziale Ungleichheit
- am meisten stärksten betroffen sind verletzliche Gruppen → Inflationsrate bei Basisgütern viel höher als bei Luxusgütern

Annahme 5: Gezielte Sanktionen treffsicher, erreichen ihr Ziel

- anfangs gegen politisch Verantwortliche, später auch bestimmte Wirtschaftszweige. Folgen:
 - Steigerung der politischen Repression
 - Verschlechterung humanitärer Bedingungen
 - verschlechtert Regierungsführung → Autokratien fördern Eliten aus Staatshaushalt um ihre Macht abzusichern → Sozialausgaben werden gekürzt
- individuelle Sanktionen: Eliten können sich Maßnahmen entziehen → Korruption, Geldwäsche, Kryptowährungen, Briefkastenfirmen, etc.
- anfangs gegen Einzelpersonen, dann regierungsnahen Firmen, dann Staatsunternehmen → leiden tun die Beschäftigten
- sehr geringe Erfolgsrate → Gefahr weiterer Eskalationsschritte

Folgen für Sanktionierte

- Herrschende Eliten kaum getroffen
- Schwächung der Ökonomie trifft hauptsächlich normale Bevölkerung → verstärkt soziale Ungleichheiten, Gesundheitssysteme am anfälligsten
- Menschenrechte werden statt gesichert, häufig verletzt
- Ausschluss vom Zahlungsverkehr → auch Einfuhr von Nahrungsmitteln, medizintechnische Gütern, Medikamenten, Impfstoffen, usw. kaum möglich (Nordkorea, Iran, Syrien)
 - z.B. Sanktionen gegen Irak wegen Kuwait: nach UN-Angaben 500.000 Kinder aufgrund von Sanktionen gestorben, Ziel Saddam Hussein zu stürzen nicht erreicht. Für ehemalige US-amerikanische Außenministerin Madeleine Albright waren Sanktionen »den Preis wert«
- Konditionen fast nie festgeschrieben, keine Evaluierung → Laufzeit nicht kalkulierbar (Kuba 51, Vietnam 32 Jahre) → bietet für Herrschende keinen Anreiz
- Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgehebelt “Such measures are viewed as being in conflict with the principles of the Charter of the United Nations, the norms of international law and the rule-based multilateral trading system, and they infringe the sovereignty of States.” (Bericht UN Sekretariat 16.07.2015)

Folgen für Sanktionierende & Welthandel

- Sanktionsspirale erhält Eigendynamik
- Sanktionen sind schnell einzuführen, aber politisch extrem schwer aufzuheben (Nordkorea, Kuba, Vietnam, Iran, Russland, China)
- Sanktionen gegen Großmächte (China, Russland) haben weltweite Auswirkungen auch auf Sanktionierende (EU, USA) →
 - weltweite Inflation bei Energie- und Nahrungsmittelpreisen
 - Probleme bei Lieferketten
 - erhöhte Rechtsunsicherheit bei
 1. Staaten (Währungsreserven)
 2. Unternehmen (Investitionen)

Inflation bei Energiepreisen

- In EU 30 %, in Deutschland 50% der Gasimporte aus Russland
- Russische Gaslieferung derzeit halbiert, da zur Wartung nach Kanada entsandte Kompressoren wegen Sanktionen nicht zurückgegeben werden
- Kurzfristig kein Ersatz in Sicht (Katar hat langfristige Verträge, Frackinggas aus USA begrenzt verfügbar, aber nur bei höheren Preisen als für asiatische Abnehmer) → Preisspirale absehbar
- Umweltwirkungen:
 - Flüssiggas wegen der Kühl- und Transportkosten fast so klimaschädlich wie Steinkohle
 - Fracking schadet Ozonschicht (Methanausfluss), Grundwasser (Zusatzstoffe) und Bausicherheit (Erdbeben)

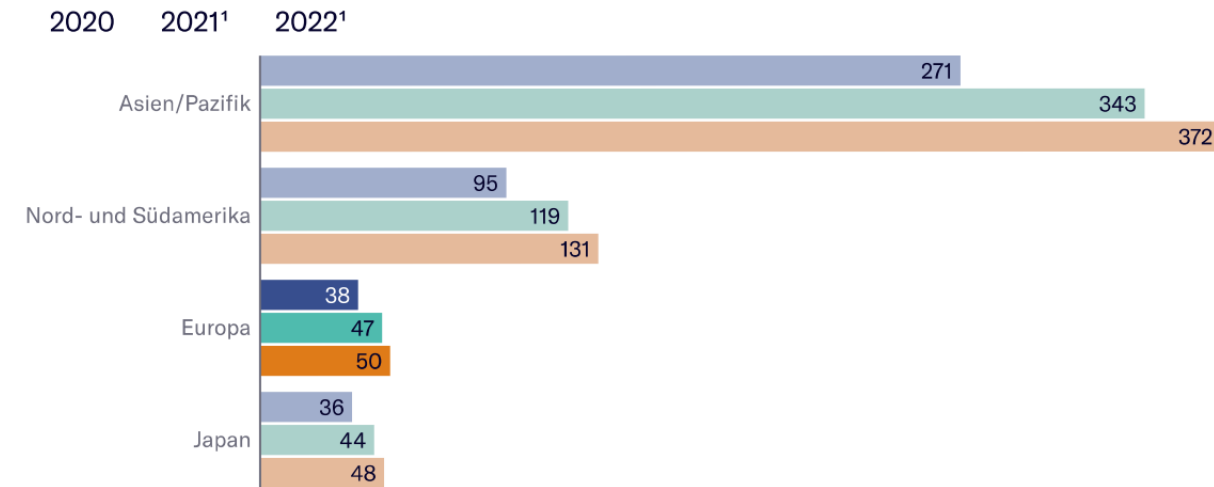
Inflation bei Nahrungsmittelpreisen

- weltweit leiden 820 Millionen unter Hunger, unter akutem Hunger 267 Millionen
 - Ausgaben für Nahrungsmittel in Entwicklungsländern 60-100 % (BRD 12 %)
 - Exportmengen auf Weltmarkt – Weizen und Gerste 10 % aus Ukraine, 20 % aus Russland; Sonnenblumenöl 20 % aus Ukraine, 70 % aus Russland
 - Naher Osten, Nordafrika, Kenia importieren ≥ 50 Prozent ihres Getreides aus Russland und Ukraine
- Sanktionen → zusätzliche Verknappungen
- wichtigster russische Exporthafen Noworossijsk auf Sanktionsliste → Händler wissen nicht, wie sie bezahlen sollen (Ausschluss aus SWIFT, eingefrorene Devisenreserven der russischen Zentralbank)
 - Exportverbot für Stickstoffdünger (Weißrussland + Russland größte Düngerexporteure) → Weltmarktpreise verdoppelt, voraussichtliche Ernte in Entwicklungsländern -40 % → vermehrter Import → erhöhte Weltmarktpreise für Weizen
 - Preise für Agrarrohstoffe stiegen zuletzt um 21% → 40 Millionen Menschen mehr in extremer Armut (US-Institut Center for Global Development), bis zu 30 Millionen zusätzliche Verhungerte (Oxfam)
 - Welthandelspreise: bereits 30 Länder mit Exportbeschränkungen → inländische Preise stabilisieren
 - Sonnenblumenöl vervierfacht → Indonesien stoppt Export von Palmöl
 - Weizen verdoppelt → Indien stoppt Export von Getreide
 - Gelder für UN-Welternährungsprogramms halbiert, andere Hilfsorganisationen unterliegen Sanktionsregime ihrer Herkunftsländer
 - Sanktionen und Exportstopps haben globale Auswirkungen „die über alles hinausgehen, was wir seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben“ (Direktor UN-Welternährungsprogramms WFP)

Problem Lieferketten

z.B. bei Chips

Verkäufe von Halbleitern, in Milliarden Dollar



- Zwei Drittel der weltweiten Chipherstellung in Ostasien (China, Taiwan, Südkorea, Japan)
- Subventionswettbewerb:
 - EU will 43 Mrd. € für Aufbau Halbleiterindustrie (derzeit nur 10% der globalen Produktion, jedes Kfz benötigt Chips für 750 \$)
 - USA mit U.S. Chips Act 44 Mrd. €
 - Sanktionen → China hortet Chips → Brüssel plant eine Art „Kriegswirtschaft für Chips“: Unternehmen zwingen «krisenrelevante» Chips herzustellen, Lieferungen für ausländische Kunden zurückzustellen

Eigentums- und Rechtsunsicherheit

Sanktionen ohne und mit Eingriff in Rechtsgüter (Zentralbankgelder, private materielle oder monetäre Vermögen)

- bei Staaten:
 - Beschlagnahmung von Währungsreserven (Russland 300 Mrd. €)
 - Ausschluss aus Abwicklung von internationalem Zahlungsverkehr (SWIFT)
 - Verbot von Investitionen (Häfen in Australien, schweizerische pharmazeutische Firmen mit chinesischer Beteiligung in Polen)
 - Aufkündigung von Investitionsgarantien (BmWi wegen Xinjiang gegenüber VW, gilt aber für alle chinesischen Standorte)
- bei Unternehmen: Beschlagnahmung von Investitionsgütern (Raffinerie Schwedt, Erdgaskavernen)
- bei Privatpersonen: Bankkonten, Immobilien, mobile Vermögen (Yachten)
- Folgen: rechtliche Unsicherheit bei investierenden Staaten und Unternehmen aus anderen Ländern
- Gasboykott und sekundäre Sanktionen → strukturelle Schäden bis zum Verlust ganzer Kernbranchen „...dann wird die Welt für das Exportland Deutschland ziemlich eng“ (BDI-Präsident, FAZ)

Ergebnisse der WTO-Konferenz

(Welthandelskonferenz)

- seit 1994 vereinfacht WTO den Welthandel (GATT, TRIPS, etc.), 164 Mitglieder
 - Aufgaben: 1. Handelsabkommen, 2. Überwachung Handelspolitik, 3. Streitschlichtung
 - seit 2001 (Scheitern der Doha-Runde) kaum Weiterentwicklung,
 - seit 2010 fast nur bilaterale und regionale statt multilateralen Abkommen
 - seit Trump (2019) blockiert, da keine Streitschlichtung mehr (Sanktionen, Handelskriege)
- ab 1989 übernahm G7 die Führungsrolle („Lenkungsausschuss der Weltpolitik und -wirtschaft“)
- ab 2008 (Weltfinanzkrise) übernahm G20 (G7 + Russland, China, Indien + ...) die Rolle
- WTO-Ministerkonferenz in Genf 06.2022 (seit 4 Jahren verschoben)
 - weltweiter Wachstumseinbruch + steiler Anstieg Inflation → Stagflation → Verschuldungskrise (analog 70er Jahre)
 - Globales Fischereiabkommen (EU, China) + Patentfreigabe für Entwicklungsländer (EU, UK, Schweiz): beide effektiv gescheitert – „das letzte Aufgebot“ (NZZ)